Dresden 1881.

Erscheint täglich früh 7 Uhr in der Expedition: Marienstraße 13. Abonnementspreis vierteljährlich 2 Mark 50 Pfge., durch die Post 2 Mark 75 Pfge. Einzelne Nummer 10 Pfge.

Auflage 35000 Exempl.

Für die Rückgabe eingesandter Manuskripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Inseraten-Annahme außerdem: Haasenstein u. Vogler in Hamburg, Berlin, Wien, Leipzig, Basel, Breslau, Frankfurt a. M. — Rud. Mosse in Berlin, Leipzig, Wien, Hamburg, Frankfurt a. M., München. — Daube & Co. in Frankfurt a. M. — Bureau d. „Invalidendank". — Havas, Laffite, Bullier & Co. in Paris.

Dresdner Nachrichten

Tageblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr. Börsenbericht, Fremdenliste.

26. Jahrgang.

Inserate werden Marienstraße 13 bis Nachm. 3 Uhr angenommen, Sonntags bis Mittags 12 Uhr. In Neustadt nur an Wochentagen: gr. Meißnergasse Nr. 5 bis Nachm. 3 Uhr. — Der Raum einer einspaltigen Petitzeile kostet 15 Pfge. Eingesandt die Zeile 30 Pfge.

Eine Garantie für das nächsttägige Erscheinen der Inserate wird nicht gegeben.

Auswärtige Annoncen-Aufträge von uns unbekannten Firmen und Personen inseriren wir nur gegen Pränumerando-Zahlung durch Briefmarken oder Postvorschuß. Acht Silben kosten 15 Pfge. Inserate für die Montags-Nummer werden nach einem Feiertage Petitzeile 20 Pfge.

Schlafdecken
in allen Grössen und Qualitäten von dem billigsten bis zu dem feinsten Genre empfiehlt das grösste Lager
W. Metzler,
14 Altmarkt 14,
Parterre und I. Etage.

Neuheiten. Tapeten Neuheiten.
Wand- u. Plafond-Decorationen (eigenes Fabrikat) von den **billigsten** bis zu den **feinsten** Gattungen empfehlen in **reicher** Auswahl und zu den **denkbar billigsten Preisen**
Conrad & Consmüller,
Waisenhausstrasse 13 (nächst dem Georgplatz).

Unterröcke
für Erwachsene und Kinder in allen Sommer-Stoffen, **eigenes Fabrikat,**
empfiehlt das grösste Lager zu denkbar billigsten Preisen
W. Metzler,
14 Altmarkt 14, Part. u. 1. Et.
Anfertigungen nach Mass in kürzester Zeit.

Nachttelegramm. Konstantinopel. Die Plenarsitzung der Griechenfrage stellte endgiltig den Räumungsmodus fest. Larissa soll in 1 Monat nach der Ratification, Trikala, Kardista und ein Theil des Districtes Etassenas und Arta in 2 Monaten und Volo, woselbst sich das gesammte Kriegsmaterial concentrirt, nach einem erst später festzusetzenden Termin übergeben werden. Die Unterzeichnung der Convention ist Sonntag oder Montag zu erwarten.

Nr. 141. Witterung vom 20. Mai: Barometer nach Oskar Gösold, Wallstraße 15 (Abds. 6 U.) 765 Mill., seit gestern 5 Mill. gestiegen. Thermometerstr. n. Reaum.: 15° W., mdr. Temp. 10° W., höchste Temp. 2.° W. Nord-West-Wind. Bedeckt.

Aussichten für den 21. Mai: Wolkig, zeitweise etwas aufklärend, ziemlich warm, meist trocken.

Sonnabend, 21. Mai.

Politisches.

Wichtiger als die militärischen Erfolge Frankreichs in Tunis, ist die Abstimmung über den Antrag Bardoux in der französischen Kammer des 19. Mai. Noch in letzter Stunde hat Grévy — wenn man einer Note des hochoffiziösen „Paix" glauben darf — eine Abwehr gegen die Listenwahleinführung versucht und damit eigentlich die Frage zu einem Duell Grévy-Gambetta zugespitzt. Vergeblich. Die Freunde Grévy's beantragten zuletzt wenigstens die Vertagung des Entscheides. Aber Gambetta fühlte sich, er widersprach der Vertagung und die Kammer lehnte mit 245 gegen 205 Stimmen die Vertagung ab und trat in die Einzelberathung ein. Die Aenderung des Wahlverfahrens — Wiedereinführung der Listenwahlen — ist dann wirklich von einer Majorität von ca. 50 Stimmen beschlossen, mithin Gambetta's Wühlereien von langer Hand her von der Kammer gebilligt worden. Wie sich Präsident Grévy zu dieser Niederlage gegen den geheimen Diktator stellen wird, wird sich ehebald zeigen. Möglich, daß die jetzige Regierung vorläufig keine Veränderung erfährt, da die auswärtige Politik in diesem Augenblick von den inneren Schwierigkeiten nicht alterirt werden darf. Immer schwieriger wird die tunesische Frage für Frankreich, nicht ihrer aktuellen Bedeutung wegen, wohl aber der Prinzipien halber, die sich an ihre Lösung knüpfen. Wenn auch St. Hilaire erklärt, man denke an eine Annexion nicht, so sind doch Italien und England und, wie es scheint, auch Spanien mißtrauisch geworden und wenn sie auch nicht eingeschritten sein würden, um den Tunesen gegen die Franzosen beizustehen, so hat doch der Sultan einen Schachzug gethan, den man schwerlich ignoriren kann. Er beansprucht die Souzeränität von Tunis, der Bey könne nicht mit den Franzosen paktiren, ohne daß er, der Sultan, seine Einwilligung gebe. Erst dieser neueren Sachlage gegenüber geräth Frankreich in Verlegenheit, denn zu einem fröhlichen Brechen mit allen Rechtstiteln des türkischen Staatsbestandes hat Frankreich vielleicht die Lust und die Macht, aber schwerlich den moralischen Muth.

Es wird der „Nordd. Allg. Ztg." nicht gelingen, das tiefe Mißtrauen Europas gegen die doppelzüngige Politik des General Ignatieff zu beschwichtigen. Sein Ruf ist eben nicht aus der Welt zu schaffen, daß er keine Wahrheit, keine Ehrlichkeit, keine Heiligkeit des gegebenen Wortes kennt, daß er vielmehr seine ehrgeizigen Pläne durchführt, ohne Rücksicht auf die blutigsten Opfer, daß sein ganzes Thun und Treiben eine lebendige Verkörperung des Grundsatzes ist: der Zweck heiligt die Mittel. Und eine Persönlichkeit, die mit dieser Charakterlosigkeit als Staatsmann eine seltene Fülle von Kenntnissen, Fähigkeiten, Energie und Kraft verbindet, eine solche Persönlichkeit ist wahrhaft gefährlich. Ignatieff besitzt allerdings blendende Eigenschaften. Er ist ein brillanter Erzähler. Von stattlichem und elegantem Aussehen, insinuirt er sich leicht bei den Frauen, und den Männern gefällt er durch einen Zug von naiver Aufrichtigkeit, den er seiner Konversation zu geben weiß. Dabei ist er sehr witzig, ein feiner Beobachter und ein humoristischer Darsteller menschlicher Schwächen. Er scheut nicht ein kräftiges Wort und er gefällt sich manchmal in Schilderungen von so realistischer und saftiger Art, daß selbst die gewiß nicht prüde russische Gesellschaft sich so stellt, als dürfte sie ihm mit nur halbem Ohre zuhören. Ohne besonders große Bildung, besitzt er doch einen vortrefflichen natürlichen Verstand, und vor Allem, er glaubt an seinen Stern. Seine Geschicklichkeit und Findigkeit, seine Meisterschaft in der Intrigue, sein Vertrauen in die Unerschöpflichkeit seiner Hilfsmittel macht ihn häufig verwegen und die russische Diplomatie besitzt gewiß keinen kühneren Mann als ihn.

Auch in Wien sieht es 8 Tage nach den Hoffesten nicht mehr so harmlos aus, wie kurz vorher. Im Reichstage hat es erbitterte Kämpfe mit einer Fülle von Injurien gegeben, wie sie im gemüthlichen Oesterreich unerhört zu sein pflegen, die man sich allenfalls in Pest, nicht aber in Wien träumen konnte. Die Czechen sind durch die schwächliche Nachgiebigkeit der Regierung nicht bescheidener oder ruhiger, sondern unverschämter geworden. Gerade dies Wort „unverschämt" donnerte der deutsche Abgeordnete Pache den Czechen Pasaty und Trojan entgegen, als diese, in Mißmuth über die Langsamkeit, mit der sich ihre bibigen nationalen Wünsche erfüllen, den hochverdienten Präses des obersten Gerichtshofes, den früheren Minister v. Schmerling, der Parteilichkeit zieben, weil — nun weil in gewissen Gerichtsgebahrnissen noch deutsch verhandelt werde. Die slavische Universität in Prag haben sie durchgesetzt, nun geht's gegen die Grundlage aller Staaten, gegen die Heiligkeit der Justiz. Das Geschrei und die dröhnenden Slava's, Pfui's, die Glocke des Präsidenten, das Alles bot ein trauriges Bild des Parteihaders und lehrt, wohin die Taaffe'sche Czechenfreundschaft schon geführt hat.

In unserm deutschen Reichstage ging es weit farbloser zu. Nur in der Innungsfrage kamen einige Lebhaftigkeiten vor, natürlich will halb Judäa Alles eher, als eine Kräftigung des Handwerks, und da ist denn nichts billiger als das Schlagwort: Reaktion. Ob eine zeitgemäße Neubelebung der Innungen (von einer anderen hat Niemand gesprochen!) reaktionär sei, mag dahingestellt bleiben. Dreist sind die Einwürfe Löwe's, Richter's und Lasker's gegen die Nothwendigkeit einer wirthschaftlichen Umkehr des Handwerks. Hat man denn mit aller Manchesterweisheit, Gewerbefreiheit und Freizügigkeit nicht gründlich genug Schliff gebacken? War nicht Deutschland durch diese Theorien an den Rand der Verarmung und Verjudung gebracht worden? Ist nicht thatsächlich die billige und schlechte Arbeit erst seit dem Milliardensegen sprichwörtlich geworden? Alle Bewegung unseres Gewerbelebens zeigt deutlich nach rückwärts. Die Blüthe der Kunstindustrie im Mittelalter muß, da das Individuum nicht untüchtiger geworden ist und die technischen Hilfsmittel seitdem kolossal fortschritten, doch wohl an Einrichtungen gehaftet haben, die zu studiren und zu rekonstruiren weiser sein wird, als den Ruf Israels zu unterstützen, die Freiheit sei in Gefahr. Tüchtige Lehrlinge, intelligente Gesellen, selbstschöpferische Meister zu bilden, eine Innung, die das will und kann, wiegt wichtiger, als jene Freiheit, die allzusehr in Nichtswissen, Nichtsglauben und Nichtsschaffen sich geoffenbart hat. Die Frage an den Arbeiter: wo kommst Du her, was hast Du gelernt, was kannst Du, welche Bürgschaft bietest Du uns — diese Frage soll menschenunwürdig, freiheitswidrig sein? Mit Verlaub, Herr Lasker! Wer nicht direkt vom Jordan zur Spree, Donau und Elbe in mühelosen Geldgeschäften hausiren kommt, der wird nicht in Verlegenheit gerathen, wenn ihm weise Gewerbeschutzgesetze nach dem Was, Woher und Wohin fragen. Wer etwas ist und etwas kann, der hat's gar nicht so ungern, wenn er zeigen darf, „woher sein Nam' und Art".

Neueste Telegramme der „Dresdner Nachr." vom 20. Mai.

Berlin. Reichstag. In fortgesetzter Berathung des Innungsgesetzes findet ein Antrag Dr. Böttchers Annahme, wonach Gesellen, die schon einer eingeschriebenen Hilfskasse angehören, zum Eintritt in die entsprechende Unterstützungskasse der Innung nicht gezwungen werden können. Die Regierungsvorlage will, daß Entscheidungen der gewerblichen Schiedsgerichte über vermögensrechtliche Ansprüche bis zu 50 Mk. endgiltig sein sollen. Stumm (Reichspartei) beantragt dagegen, daß der Rechtsweg auch für solche Ansprüche offen gehalten werden soll, doch sollen die Entscheidungen der Gewerbeschiedsgerichte vorläufig vollstreckbar sein. Ackermann legt dagegen dar, daß die Schiedsgerichte doch eine gewisse Autorität haben müssen. Die Wahl der Vorsitzenden durch die Aufsichtsbehörde biete ja auch eine gewisse Garantie. Uebrigens gebe es ja jetzt schon Gewerbeschiedsgerichte, deren Entscheidungen entgiltig seien. Die jetzige Gewerbeordnung gehe viel weiter als die Regierungsvorlage, indem sie gestattet, daß alle Entscheidungen dieser Gerichte entgiltig sein können. Lasker und Kiefer befürworten den Stumm'schen Antrag. Ersterer lancirte einen kleinen Seitenhieb auf den Kommissionsbericht des Grafen Bismarck, nach welchem es scheinen wolle, als sei die Kommission sehr leicht über diesen Gegenstand weggegangen. Der Antrag Stumm wird nahezu einhellig angenommen. Anträge Auer's auf Diätengewährung an die Schiedsgerichtsmitglieder und Löwe's, der vier statt zwei Beisitzer haben will, fallen ab. Der bedeutungsvollste Paragraph des Entwurfs ist § 100e, der die Vorrechte der Innungen bezüglich des Lehrlingswesens enthält. Vogel (nat.-lib.) wendet sich dagegen. Wohl sei das Handwerk jetzt in einer Nothlage, aber diese sei nicht verschuldet durch die Freizügigkeit und die Gewerbefreiheit. Der Grund dafür liegt in den total veränderten Betriebsverhältnissen, in der Concurrenz der Großindustrie. Mit dieser Vorlage werde das Handwerk nicht gefördert; die Handwerker müssen selbst für ihre Interessen eintreten und daß sie selbst etwas leisten können, beweist der Handwerkerverein zu Chemnitz, der ein Kunstgewerbemuseum und eine vortreffliche Sonntagsschule begründet habe. § 100e sei undurchführbar. Durch die Bestimmungen desselben werde die Standesehre anstatt gefördert, verloren gehen und unter die Handwerker Zwietracht gesät. Stumm verkennt nicht, daß § 100e den Innungen große Vorrechte einräume, dieselben seien aber nicht dazu angethan, ein Nicht-Innungs-Mitglied in der Ausübung seines Gewerbes zu hindern. Als jugendliche Arbeiter würden künftig wahrscheinlich viel Lehrlinge ausgebildet. Dr. Delbrück will nicht, daß an dieser kleinen Ecke der Zwang in das Gesetz eingeschoben werde. v. Kleist-Retzow empfiehlt die von ihm und Ackermann eingebrachten Anträge, wonach nicht nur Streitigkeiten aus dem Lehrverhältniß, sondern auch solche zwischen Arbeitgebern und Arbeitern auf Anrufen eines der streitenden Theile auch dann vor den Innungs-Schiedsgerichten entschieden werden können, wenn der Arbeitgeber, obgleich aufnahmefähig, nicht Innungsmitglied ist. Löwe-Bochum und v. Kardorff (Reichspartei) gegen die Bestimmung, wonach event. Nichtinnungsmitgliedern das Halten von Lehrlingen untersagt werden kann. Ersterer beantragt für den Fall der Annahme dieser Bestimmung einen Zusatz, wonach, wenn jene durchgeführt wird, kein Innungsmeister eine größere Zahl von Lehrlingen annehmen und halten darf, als er der Regel nach Gesellen in seinem Geschäft beschäftigt. Der Abgeordnete Stumm erklärt sich gegen den von der Kommission beschlossenen Zusatz, wonach durch die Aufsichtsbehörde verfügt werden kann, daß auch Nichtinnungsmitglieder den Kranken-, Sterbe- und Hilfskassen der Innungsgenossen, ingleichen den Wittwen- und Waisen-Unterstützungskassen derselben beizutreten und ebenso zu den Fachschulen beizutragen verpflichtet sein sollen. von Schorlemer-Alst erblickt in dieser Abstimmung eine Abschlagszahlung auf die obligatorischen Innungen, die er wolle und welche die Handwerker verlangen. Hartmann verlangt, daß der Handwerkerstand gegenüber dem Großkapital konkurrenzfähig gemacht werde. All' diese Bestimmungen über Lehrlings- und Kassenwesen helfen nichts. Richter-Hagen erblickt in obiger Bestimmung einen Eingriff in das freie Kassenrecht. Nachdem noch v. Kleist-Retzow die angefochtene Bestimmung mit jugendlichem Feuer vertreten, wird in die Abstimmung eingetreten. Die Bestimmung, wonach Nicht-Innungs-Mitgliedern das Halten von Lehrlingen verboten werden kann, wird mit 132 gegen 127 Stimmen, die Bestimmung über das Kassenwesen mit geringer Majorität abgelehnt, der ganze übrige Paragraph endlich mit 133 gegen 120 Stimmen angenommen.

Berlin. Der Bundesrath überwies die Vorlagen über den Zollanschluß an der Unterelbe und die Auflösung des Hauptzollamts und die Zollvereinsniederlage Hamburg an die Ausschüsse. — Delbrück wird beantragen, daß die bestehende Zollgrenze auf der Unterelbe nur durch ein Gesetz nach unterhalb verlegt werden kann.

Stuttgart. Eduard Hallberger's Verlag ging an drei hiesige Frankfurter Bankhäuser über. Karl Hallberger bleibt Chef.

Wien. Die Abgeordneten genehmigten das Wuchergesetz und wiesen den Antrag betreffs der Competenz des Hauses zur Prüfung der Abgeordnetenwahl an einen Ausschuß, nachdem die Linke gegen den Eingriff in die Reichsgerichtscompetenz als eine Verfassungsverletzung protestirt und den Saal verlassen hatte.

Paris. Am 18. fand ein blutiger Zusammenstoß der Kolonne des Generals Maurand mit 2500 Arabern statt, letztere wurden zurückgeschlagen. Die Einwohner von Mater unterwarfen sich sofort.

Zürich. Gegen die Abhaltung des Sozialistenkongresses im Kanton Zürich sind mühelos 30,000 Unterschriften gesammelt worden. Was die Regierung thun wird, ist noch ungewiß. Die Sozialisten beschlossen, den Kongreß unbedingt in Zürich abzuhalten und mit dem Comité in Genf in Verbindung zu treten.

Nizza. Graf Harry Arnim ist heute gestorben.

London. Die Meldung aus Tunis, wonach die Kolonne Breard's bei Mater eine Niederlage durch Araber erlitten habe, ist unbegründet, die Franzosen sind in Mater eingerückt.

Berliner Börse. Die Course sprangen gleich zu Beginn wesentlich in die Höhe und hielten sich auch trotz mancherlei Schwankungen im Ganzen auf dem hohen Niveau. Schluß war freilich etwas nachgebend. Das große Resultat der Subskription auf die Ungarische Goldrente und die durchaus beruhigte Auffassung der politischen Lage haben der in den letzten Tagen erheblich debarrassirten Hausse-Partei neue Courage verliehen. Oesterreichischer Credit 8, Ungarischer 10, Franzosen 7 und Lombarden 11 M. besser. Deutsche Bahnen still, theilweis schwächer, österr. dagegen sehr fest. Galizier, Buschtiehrader, Nordwest höher. Oesterr. Prioritäten lagen still. Banken mehrfach fester, so Diskontogesellschaft um 3, Leipz. Kredit und Leipz. Diskonto um je 1 Proc. Dresdner Bank schwächer. Deutsche Fonds unbelebt, fremde meist höher. Ungar. Goldrente gewannen 1 Proc. Bergwerke ohne Beachtung. Industrien meist nachgebend.

Lokales und Sächsisches.

— Die Kommission des Reichstags zur Vorberathung des Antrags Buhl auf Bestrafung der Weinfälschung hat sich konstituirt und den Vertreter für Dresden-Neustadt, Herrn Generalstaatsanwalt Dr. v. Schwarze zu ihrem Vorsitzenden gewählt.

— Ev.-luth. Landessynode. Justizrath Höffner beantragt, bei dem Erlaß des Landeskonsistoriums das Gesetz über Emeritirung der ev.-luth. Geistlichen vom 8. April 1872 betr., Beruhigung zu lassen. Die Synode beschließt dementsprechend. v. Watzdorf empfiehlt, die Petition, die kirchliche Qualifikation der Kirchenvorsteher betr., auf sich beruhen zu lassen, weil es ebenso schwierig sei, für diese Qualifikation konkrete Bestimmungen zu treffen, wie die Frage ohne derartige Bestimmungen zu lösen. An der längeren Debatte über diesen Gegenstand betheiligen sich die Synodalen Anacker und Prof. Straumer, welche für die Petition das Wort ergreifen und beantragen, dieselbe dem Kirchenregimente zur Kenntnißnahme zu überweisen. Beruhenlassen der Petition wird gegen 24 St. beschlossen. Noch lebhafter beschäftigte sich die Synode mit der Petition des Pastor Richter in Leutewitz und Genossen, die obligatorische Verpflichtung der Fortbildungsschüler zum Besuche der kirchlichen Katechismusunterredungen betr. Referent Prof. Dr. Luthardt. Letzterer meint, es sei die Theilnahme an den Katechismusunterredungen nicht nur seitens der Fortbildungsschüler, sondern auch der Mädchen in gleichem Alter wünschenswerth, und es würde wohl in dieser Hinsicht ein besseres Resultat wie bisher erzielt worden sein, wenn hier gleich wie bei der Fortbildungsschule ein gesetzlicher Zwang eintrete, und also der Religionsunterricht in direkter Verbindung mit dieser erfolgen kann. Indeß, dem stehe das Schulgesetz entgegen und es bleibe demnach nichts übrig, als daß man besagten Zweck durch ein vertrauliches Zusammenwirken mit den Gemeindevorständen zu erreichen suche. Wenn es klug angefangen würde, könne man auf diese Weise einen Druck ausüben, der in seiner Wirkung dem tatsächlich gesetzlichen Zwange nichts nachgebe. Der Ausschuß stimme zwar der Tendenz der Petition voll und ganz zu, müsse aber doch bei dem gänzlichen Mangel jeder juristischen und konstitutionellen Handhabe beantragen, dieselbe auf sich beruhen zu lassen. Kons.-Rath Dr. Meier (Dresden) ist gegen gesetzlichen Zwang, aber für lokalstatutarische Bestimmungen, und er ersucht insbesondere die Vertreter der Schule, ihren ganzen Einfluß dahin geltend zu machen. Frotscher (Limbach) meint, der Sache könne damit gedient werden, wenn das Kultusministerium die Gestattung des Fortbildungs-Schulunterrichts wenigstens für die Sommer-Monate zurückziehen würde. Schulrath Naumann (Lichtenstein) konstatirt, daß bereits jetzt schon von den Lehrern Alles aufgeboten werde, die Fortbildungsschüler zum Besuche der Kirche anzuhalten. P. Zimmermann (Seifersdorf) giebt zu bedenken, daß es von Werth wäre, wenn das Landeskonsistorium weniger durch Zwang, wie durch stete Erinnerung an die kirchliche Pflicht für gedachten Zweck wirken wolle. Der Vertreter der Regierung giebt dem entsprechende Zusicherungen. Nachdem noch verschiedene Redner ihre Meinungen kund gethan, ergiebt die Abstimmung Abweisung der Petition. Die Wahl zweier anderweiter Mitglieder der Gesangbuchkommission fällt auf die Herren Schulrath Naumann und Prof. Dr. Straumer.

— Der Gewerbevereins-Vorstand Herr Aug. Walter muß einige Wochen wegen einer Badekur von Dresden fern sein; es amtirt da in der Zwischenzeit als Vorstand Hr. Stadtrath Cristofani.

— Finanzielles. Aufsehen erregt eine Auslassung der preußischen Minister der Arbeiten und Finanzen, die in der Sitzung der Anhalter Bahn verlesen ward und die die Conversirung der Anhalter Prioritäten von 4½ auf 4 Procent zur Zeit ablehnt. Wir kommen im Börsentheil morgen auf die Sache zurück. Motivirt ist die Ablehnung, die im Prinzip auch anderen Bahnen gilt, durch die zu befürchtende Ueberfluthung des Geldmarktes durch etwa 1400 Millionen Mark solcher Prioritäten, falls die Gläubiger lieber das Papier abgeben als sich in den niederen Zinsfuß fügen wollen.

— Zu der Umwandlung der Realschule in Wurzen in ein Gymnasium soll das Kgl. Kultusministerium seine Einwilligung ausgesprochen haben.

Das Königliche Landgericht, als II. Instanz, hat neuerdings in einer bei dem Amtsgericht Großschönau anhängigen Untersuchung eine prinzipiell wichtige Entscheidung bezüglich der sogenannten Backwaaren-Bekanntmachung der Amtshauptmannschaft Zittau vom Jahre 1877 getroffen. Die Bestimmung in Punkt 1 jener Bekanntmachung, wonach Brode nur nach vollen Pfunden verkauft und auch so durch äußere Abzeichen kenntlich gemacht werden sollen, ist nach dieser Entscheidung nur dahin zu verstehen, daß das Brod bei regelrechtem Verlauf des Abbackens, sobald es alsdann kalt geworden ist, das Gewicht in ganzen Pfunden haben soll, welches die äußere Markirung besagt. Dagegen können außergewöhnliche Einflüsse beim Backen, welche das Brod besonders scharf und deshalb an Gewicht geringer werden lassen, sowie der naturgemäße Verlust am Gewicht durch Eintrocknen infolge mehrtägigen Lagerns des Brodes dem Bäcker nicht zur Schuld zugerechnet werden. Beträgt also bei einer Revision das Minder-Gewicht der vorgefundenen Brode nur so viel, als durch vorgedachte Umstände sich erklären läßt, so ist dies den Bäckern nicht zur Schuld zuzurechnen. Hierdurch wird der Uebelstand beseitigt werden, daß viele Bäcker des Zittauer Verwaltungsbezirkes aus Besorgniß wegen des Minder-Gewichtes, welches später naturgemäß an den Broden entstehen muß, diese anstatt als Sechspfundbrode als Fünfpfundbrode auszeichneten, hierdurch aber wieder wegen falscher Bezeichnung in Strafe verfielen.

— Der 2. Jahresbericht des „Vereins gegen Unwesen im Handel und Gewerbe zu Dresden", der unermüdlich in der Bekämpfung aller der Feinde ist, welche sich der ehrlichen Arbeit und dem soliden Handel entgegenstellen, besagt, daß der Verein, wenn er in seinem Kampfe auch nicht überall siegen, doch in diesem Jahre viele Erfolge gehabt hat und viele Mißbräuche im Handel und Gewerbe beseitigen konnte. Durch persönliche Ueberwachung, Warnung und Anzeigen an die Behörden gelang es, viele Schwindel-Auctionen lahm zu legen, wie auch die Petitionen des Vereins um das Verbot der „Weihnachtsbazare, verbunden mit Lotterie" endlich von Erfolg gekrönt wurden. Ausdrücklich hebt der Verein hervor, daß die betr. Kommissions-Mitglieder überall das achtungswerthe Entgegenkommen fanden